

# M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im politischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr., 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. - Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. - Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsbetrages oder Nachlieferung der Zeitung.

## Zusammenfassung der Arbeitslosenfürsorge

### Bei den Arbeitsämtern

Völlige Entlastung der Gemeinden - Der neue Entwurf vor dem Kabinett

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 25. April. Der Dienstag war angefüllt mit wichtigen Verhandlungen und Empfängen. Im Reichsinnenministerium waren die Finanzminister zu einer Länderkonferenz versammelt, in der über die Durchführung des Beamtengesetzes und über Polizeifragen verhandelt worden ist.

In der Aussprache über die Ausführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erläuterte Reichsinnenminister Dr. Brüch, der den Vorsitz führte, die Grundzüge und die Art seines Vollzuges an der Hand der bereits im Entwurf vorliegenden Ausführungsbestimmungen. Der Preussische Ministerpräsident Goering ergänzte die Darlegungen des Reichsinnenministers insbesondere vom Standpunkt der preussischen Verwaltung. Es ergab sich Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen. Die Ausführungsbestimmungen, die für den Vollzug des Gesetzes von besonderer Wichtigkeit sind, sollen noch im Laufe dieses Monats veröffentlicht werden.

Am Nachmittag fand die Chefbesprechung in der Reichskanzlei statt. Den Beratungsgegenstand bildete die Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge.

Es handelt sich dabei um die Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge, die schon unter früheren Regierungen in Angriff genommen, aber bisher nicht durchgeführt worden ist. Es sind verschiedene Pläne aufgestellt worden, darunter auch der hier

### Uebersetzung der verschiedenen Kategorien der Fürsorge auf die Arbeitsämter.

Dieser Plan scheint ausgeführt werden zu sollen. Nach ihm sollen nach einer gewissen Uebersetzungszeit die Arbeitslosenfürsorge und die gemeindliche Wohlfahrtsfürsorge, die ruiniert auf die Gemeindefinanzen gewirkt haben, wegfallen. Die Arbeitsämter sollen die aus der Arbeitslosenversicherung ausschließenden Unterstützungsbedürftigen sofort zur Betreuung übernehmen. Uebrig bleiben würden dann zwei Formen der Arbeitslosenfürsorge,

1. die Versicherung, die durch das Auscheiden der jetzigen Arbeits- und Wohlfahrtsversorgten wieder stärker den Charakter einer reinen Versicherung erhalten würde, und
2. die Fürsorge in den Arbeitsämtern.

Die Gemeinden würden in diesem Falle nur die Betreuung der Gruppen von Unterstützungsbedürftigen (Rentnern, Zusatzrentner usw.) behalten, die sie auch vor dem Kriege zu versorgen hatten. Die schwierige Frage, die eine eingehende Durchsicht auch nach der finanziellen Seite hin notwendig macht, kann nicht in einer einzigen Sitzung entschieden werden, und deshalb ist der Chefbesprechung des Dienstags auch nur eine vorbereitende Aufgabe zugefallen.

An die Chefbesprechung schloß sich die Kabinettsitzung, die in der 21. Stunde noch nicht beendet war.

Unter den Empfängen des Dienstags verdient der Besuch des Präsidenten des Oberkirchenrates

beim Reichskanzler Beachtung. D. Kapler dürfte dem Kanzler die Ansichten und Absichten der evangelischen Kirche bezüglich der Reform darlegen und dabei auch den Streit in Mecklenburg berührt haben, wo ein Kommissar eingesetzt worden ist.

Auch über die Statthalterfrage ist Dienstag wieder verhandelt worden, doch wird eine Entscheidung über die Besetzung der Ämter in den Ländern, in denen sie noch nicht erfolgt ist, noch auf sich warten lassen, und zwar wird der Verzögerung nicht zumindest auf die Schwierigkeiten zurückgeführt, die sich hinsichtlich der Sanjestaate ergeben haben. Nachdem am Montag schon der regierende Bürgermeister von Hamburg beim Reichskanzler gewesen ist, wird noch im Laufe dieser Woche eine gemeinsame Besprechung der Bürgermeister aller drei Hansestädte beim Kanzler folgen.

Am späten Abend wurde folgender Bericht über die Kabinettsitzung ausgegeben:

„Die Sitzung des Reichskabinetts hat bis nach 22 Uhr gedauert. Außer dem Gesetz gegen die Ueberfremdung deutscher Schulen und Hochschulen wurde eine Reihe anderer Gesetze verabschiedet. Dazu gehört zunächst eine Aenderung des Statthaltergesetzes.“

Paragraph 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„In Preußen übt der Reichskanzler die in Paragraph 1 genannten Rechte aus. Er kann die Ausübung der in Paragraph 1 Absatz 1 unter Ziffer 3-5 genannten Rechte auf den Ministerpräsidenten übertragen, der ermächtigt ist, diese Rechte weiter zu übertragen.“

Aus der Begründung des Gesetzes geht hervor, daß es sich um das Recht der Ernennung und Entlassung unmittelbarer Staatsbeamter und Richter handelt, soweit sie bisher durch die oberste Landesbehörde erfolgte, und um das Begnadigungsrecht. Das Neue Recht aus der Gesetzesänderung ist, daß die Uebertragung der Rechte nicht auf die Landesregierungen, wie bisher vorgehen, sondern auf die Ministerpräsidenten erfolgen soll; ferner, daß der Reichskanzler die Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen zu seiner Entlastung weitergeben kann.

Weiter hat das Reichskabinett ein

### Gesetz über die Höhe der Aufbringungsumlage von 1933 bis 1936 verabschiedet.

Danach wird das Industriebankgesetz dahin geändert, daß die Umlage jährlich 100 Millionen RM. beträgt und der Umlagesatz der Aufbringungsumlage für 1933 auf 4 v. T. des aufbringungspflichtigen Betriebsvermögens festgesetzt wird.

Nach einem anderen Gesetz, das das Kabinett am Dienstag verabschiedet hat, kann bei landwirtschaftlichen usw. Betrieben der Schuldner als Zwangsverwalter bestellt werden, wenn seine Persönlichkeit die vertrauensmäßigen Voraussetzungen dafür mitbringt.

Ein weiteres Gesetz trifft neue Bestimmungen für den Verkehr mit Vieh und Fleisch, regelt die Gebühren für Schlachtwiehmärkte, Schlachthöfe, Schlachthäuser und Großviehmärkte neu. Schließlich hat das Kabinett beschlossen, daß die laufende Kreditaktion zugunsten von Konjunkturgünstigen nicht fortgeführt werden soll.“

## Böck' Pension wird gepfändet

### Neue Prüfung der Berliner Korruptionszeit

Die Reichshauptstadt um Hunderttausende geschädigt Bei 24000 Mark Repräsentationsgeldern - Von der Erdbeerbowle bis zum Toilettenpapier

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 25. April. Zu überraschenden Ergebnissen hat eine Nachprüfung der Berliner Stadtverwaltung in der Amtszeit Böck geführt, die zur Zeit auf Veranlassung des Staatskommissars beim Oberbürgermeister, Dr. Lippert, vorgenommen wird. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Oberbürgermeister Böck die Stadt durch unrechtmäßige Zuwendungen an sich selbst ganz erheblich geschädigt hat. Der Schaden ist in seinem Umfang noch nicht zu übersehen, geht aber in die Hunderttausende. Der Staatskommissar hat das Material dem Oberbürgermeister Dr. Sahm überreicht und um Ergreifung scharfer Maßnahmen ersucht. Die Pension Böck sei zu sperren und zur Aufrechnung zu verwenden. Da es sich um Veruntreuungen handelt, könnte auch der sonst unpfändbare Teil nicht ausgenommen werden.

Aus dem Material werden einzelne Beträge veröffentlicht, die Böck, der außer seinem Gehalt von 36000 Mark und freier Dienstwohnung auch noch 24000 Mark für Dienstaufwandsentschädigungen erhielt, als „Repräsentation“ von der Stadt angefordert und erhalten hat. Es ist eine bunte Liste. Sie umfaßt vom Rühlschrank Frigidaire für 3193 Mark und vom Schwedentisch für Frau Böck (785 Mark) bis zum Toilettenpapier (0,50 Mark) so ziemlich alles, was zur Repräsentation des oberbürgermeisterlichen Hauses nötig und unnötig gewesen ist. Selbst das Trinkgeld, das Böck einmal bei Besichtigung der Porzellanwerke im Betrage von 20 Mark spendete, ist nicht vergessen, ebensowenig das Zustandekommen einer Erdbeerbowle. Zur Repräsentation gehörte auch ein Blumenstrauß zum Geburtstag eines prominenten Arztes aus der Virchow-Klinik, unter dessen Leitung die Tochter des Oberbürgermeisters zur Schwester ausgebildet werden sollte.

Der Böck-Standal scheint eine traurige Ergänzung zu erfahren. Man sieht den weiteren

Entfaltungen mit größter Spannung entgegen und wundert sich, daß diese unerhörten Dinge bei der ersten Untersuchung verborgen geblieben sind.

## Vor der Entscheidung über die Todesurteile in Preußen

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 25. April. Nachdem der Reichskanzler das Begnadigungsrecht in Preußen dem Preussischen Staatsministerium übertragen hat, wird das Preussische Staatsministerium schon in den nächsten Tagen die Entscheidung über die Vollstreckung oder Nichtvollstreckung der im Laufe des Jahres ergangenen Todesurteile treffen. Es handelt sich um 15 bis 17 Fälle, die dem Staatsministerium zur Entscheidung vorliegen. Unter anderem befinden sich darunter der Fall des Briefträgermörders Reims, die Fälle Kabeitz und Batocki, Schneidemühl.

## „Zeppelin“ am 1. über Berlin

(Telegraphische Meldung)

Friedrichshafen, 25. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird als Auftakt seiner Fahrten am Tage der nationalen Arbeit, dem 1. Mai, eine große Deutschlandfahrt unternehmen. Das Luftschiff wird am 1. Mai morgens um 2 Uhr in Friedrichshafen starten. Die Fahrt geht von Friedrichshafen über Stuttgart, Frankfurt a. M., Köln, über das westfälische Industriegebiet, Bremen, Hamburg nach Berlin, wo das Luftschiff gegen 15 Uhr eintreffen wird. Eine Landung ist nicht vorgesehen. Das Luftschiff wird seinen Rückflug über Sachsen und Bayern vornehmen und am 2. Mai gegen 4 Uhr morgens wieder in Friedrichshafen landen.

# DNVP-Organisation in Braunschweig bleibt bestehen

## Die bisherigen Führer, die Abgeordneten und die Mehrzahl der Mitglieder übergetreten

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Braunschweig, 25. April. In nationalsozialistischen Kreisen wird der Uebertritt der Deutschen Nationalen des Landes Braunschweig zur NSDAP mit großer Genugtuung begrüßt. Es wird erklärt, daß dieser Schritt durchaus der Volkstimmung entspreche und den langgehegten Wünschen auf Herstellung einer vollkommenen Einigkeit Rechnung trägt. Die nationalsozialistischen Führer Braunschweigs haben besonders hervor, daß es dem kleinen Lande Braunschweig, das seiner Zeit durch Zusammengehen von Nationalsozialisten und Deutschnationalen dem Volkskanzler Hitler das braunschweigische und damit das deutsche Bürgerrecht verliehen hat, vorbehalten sei, eine völlige politische Einigung im ganzen Lande herzustellen und damit dem übrigen Deutschland ein nachahmenswertes Beispiel zu geben.

Der Braunschweigische Landtag, der seither der erste Landtag ohne Sozialdemokraten war, ist nunmehr auch das erste deutsche Landesparlament, das sich nur aus nationalsozialistischen Abgeordneten zusammensetzt. Gleichzeitig besteht das Braunschweigische Stadtparlament künftig nur aus Nationalsozialisten.

Zu dem Uebertritt der Mehrheit der DNVP des Landes Braunschweig zur NSDAP gibt diese Gruppe der Deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Der Vorstand des Landesverbandes Braunschweig der DNVP schießt sich

mit seinen Abgeordneten und seiner überwiegenden Mehrheit

der NSDAP an. Die Mitglieder des Landesverbandes Braunschweig der DNVP wechseln nicht eine Partei gegen eine andere ein. Denn

das Parteiwesen ist tot und soll nach unserem Willen nicht wiedererwachen.

Deutschlands Schicksal erfordert eine einheitliche Führung. Die Vorstandsmitglieder der DNVP, die sich der Führung Adolf Hitlers anvertrauen, wollen durch ihren Schritt den Parteikampf in Deutschland für ihren Teil vermeiden. Eugenbergs unbergängliche Verbienste als Wegbereiter und Mitarbeiter zur Schaffung der nationalen Front findet freudige Anerkennung. Die Stunde aber gebietet

Einheit der Führung und deshalb die Einmündung des deutschnationalen Kampfwillens in das große und starke Bett des ruhm- und erfolgreichen Nationalsozialismus.

Wir glauben, daß in kurzer Frist auch der Aufbruch der Nation sich in die Richtung unseres Vorgehens vollendet.“

Von der Gauleitung Südhannover-Braunschweig der NSDAP wird dem „Braunschweigischen Landesdienst“ parteiamtlich zu dem Uebertritt der Mehrheit der Deutschnationalen im Lande Braunschweig folgende Erklärung übermittelt:

„Durch den Uebertritt der weit überwiegenden Mehrheit des Vorstandes des Landesverbandes Braunschweig der DNVP mit seinen Abgeordneten ist der Landesverband praktisch aufgelöst. Dies wird seine Bestätigung noch dadurch finden, daß im Anschluß an den Schritt der verantwortlichen Führer nunmehr auch die einzelnen Mitglieder ihren Anschluß an die große Freiheitsbewegung Deutschlands finden werden. Der Landesverbandsführer, Landtagsabgeordneter Baumann, und drei weitere Landtagsabgeordnete sind mit weiteren 18 Vorstandsmitgliedern in die NSDAP eingetreten. Die Abgeordneten Baumann, von Grone und der stellvertretende Landesvorsitzende, Dr. Langebartels, vertraten die Deutschnationalen im Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot, während der Abgeordnete Lippe dem Stahlhelm angehörte. Gleichfalls übergetreten ist der Landesjugendführer Urey.“

Von parteiamtlicher deutschnationaler Seite in Braunschweig wird zu dem Uebertritt erklärt, daß es sich um keine geschlossene Aktion des Landesverbandes handelt. Der erst kürzlich ernannte Landesführer, Oberleutnant von Feldmann, hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Auf Wunsch unseres Parteiführers habe ich gestern die Führung des Landesverbandes Braunschweig übernommen. Ich begreife unsere Parteifreunde und bitte sie um ihr Vertrauen. Durch den Uebertritt zahlreicher bisheriger Vorstandsmitglieder zur NSDAP ist der Landesverband Braunschweig der Deutschnationalen Volkspartei keineswegs aufgelöst. Sein

weiterer Zusammenhalt

wird davon abhängen, wie weit unsere Mitglieder von dem Gedanken erfüllt sind, der in der NSDAP als maßgebend erklärt ist, nämlich der Gedanke der Treue und des Gehorsams gegen den Führer. Zu dieser Treue rufe ich hiermit auf. Unser Führer Eugenberg ist von der Notwendigkeit durchdrungen, die Deutschnationale Volkspartei zu erhalten, auch aus außenpolitischen Gründen. Dieser Standpunkt muß der untrügliche sein. Wir haben den Lebenswillen und das Lebensrecht der Deutschnationalen Volkspartei klar

zu betonen. Hierbei ist es selbstverständlich, daß wir treu und loyal zur nationalen Regierung stehen, die der Herr Reichskanzler am 30. Januar durch das Bündnis der nationalen Führer beschloß hat.“

Ueber die

Vorgeschichte des Uebertritts

gibt der bisherige stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Braunschweig, Dr. Langebartels, die Darstellung, daß er und seine Freunde versucht hätten, Dr. Eugenberg zu dem Schritt zu bewegen, den sie jetzt getan haben, damit ein Konkurrenzkampf zwischen Organisationen, die gleichen Zielen zustreben und deren Mitglieder von der gleichen nationalen Glut erfüllt sind, angesichts der überaus ernsten außenpolitischen Lage Deutschlands ausgeschlossen werde. Die Stunde dulde keinen Parteikampf, sondern fordere Einheitlichkeit.

# DNVP-Mitglied in der Bayerischen Regierung

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

München, 25. April. Der Statthalter für Bayern, General Ritter von Epp, hat auf Grund der ihm durch das Statthaltergesetz erteilten Vollmacht das Mitglied der Bayerischen Volkspartei Graf von Duadt zum Wirtschaftsminister ernannt. Es ist das erste Mal, daß ein Mitglied einer nicht zur nationalen Koalition gehörenden Partei in die Regierung berufen worden ist. Deshalb hat der Vorgang, abgesehen von der Erklärung des Reichskanzlers in seiner Rede bei der Reichstagsöffnung entspricht, symptomatische Bedeutung, und so wird er auch in politischen Kreisen überall gewürdigt.

Es ist zwar zu berücksichtigen, daß die Ernennung des Grafen Duadt nach rein persönlichen, d. h. fachlichen Gesichtspunkten er-

# Geldzustellung bleibt erhalten

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. Anlässlich der mehrfachen Ueberfälle auf Geldbriefträger hatten sich Bestrebungen geltend gemacht, die Geldzustellung durch Beamte der Reichspost überhaupt aufzuheben und dafür eine Abholungsfrist der Empfänger anzuordnen. Das Reichspostministerium hat über diese Frage die Meinung der Oberpostdirektion eingeholt und auf Grund dieser Stellungnahme von einer Neuregelung abgesehen. In einer Verfügung des Reichspostministers wird festgesetzt, daß die Geldzustellung durch Postbeamte wie bisher bestehen bleibt.

Der Magdeburger Polizeipräsident Freiherr von Nordenflicht ist vom Preussischen Minister des Innern mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden.

# 8,6 Prozent Arbeitslose weniger als im Höchststand des Winters

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. April 1933 ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in der ersten Aprilhälfte weiter gesunken. Sie verminderte sich um rund 69 000 auf rund 5 530 000.

Vom Höchststand der winterlichen Arbeitslosigkeit ist bis Mitte April eine

Entlastung um rund 518 000 oder um 8,6 Prozent

eingetreten gegenüber einer vorjährigen Entlastung von nur 195 000 oder 3,2 Proz. Die Stärke der bisherigen arbeitsmarktlischen Auftriebe geht auch daher hervor, daß nach den Ergebnissen der

Krankenkassenmitgliederstatistik für den gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um über 600 000 zugenommen hat.

Die Besserung in der Berichtszeit ist im wesentlichen in den Aussenberufen zu verzeichnen, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung eine wichtige Stütze erhielten; die Entwicklung in den übrigen Berufen war uneinheitlich. Die Entlastung hat sich jedoch nicht in der gleichen Stärke wie in der 2. Märzhälfte durchgesetzt. Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß erfahrungsgemäß kurz vor den Osterfeiertagen Neueinstellungen von Arbeitskräften zurückgestellt werden.

# Keine Einsetzung von Betriebs-Kommissaren mehr

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. Der Leiter des Verbindungsstabes der NSDAP, Reiner, hat folgende Verfügung erlassen:

„Mit Wirkung vom 25. April 1933 ist sämtlichen Parteibienststellen unterlagt, Kommissare in irgendwelchen Betrieben einzusetzen. Sollte ihnen die Einsetzung eines Kommissars in einem Unternehmen als unbedingt notwendig erscheinen, so ist die Genehmigung des Verbindungsstabes der

NSDAP in Berlin einzuholen. Sachbearbeiter im Verbindungsstab ist Dr. Otto Wegener. Dem Gesuch um Einsetzung eines Kommissars muß eine genaue Ausführung der Notwendigkeit sowie die Geeignetheit des beabsichtigten Kommissars zurunde liegen. Erst nach erteilter Genehmigung des Verbindungsstabes darf dann der Kommissar eingesetzt werden.“

# Widerlegung einer tollen Greuelheke

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. Das „Prager Tageblatt“ verbreitete am Dienstag eine Greuelmeldung und behauptet, der Berliner Großrabbiner Jonas Fränkel sei am Dienstag in Prag eingetroffen und berichte über schändliche Greuel an Juden in Deutschland. So behauptet er u. a., er sei von SA-Leuten überfallen und um 2 000 Mark bestohlen worden. Die SA-Leute hätten ihn und seine Tochter mit Revolvern bedroht, ihn niedergebunden und schwer verletzt. Er habe in Dedau gefesselt in ein anderes Stadtviertel geschmuggelt werden müssen und sich dann so nach Prag durchgeschlagen. Er leide noch jetzt an Gleichgewichtsstörungen und an

einer Gehirnerschütterung. Er habe die Absicht, nach Palästina weiterzuziehen und nehme überall die jüdischen Hilfskomitees in Anspruch.

Wie dazu von zuständiger jüdischer Stelle in Berlin festgestellt ist, gibt es in Berlin überhaupt keinen Großrabbiner. Ein Rabbiner oder anderer jüdischer Geistlicher namens Fränkel oder ähnlichen Namens ist nirgends vorhanden. Es handelt sich also wieder einmal um eine der üblichen Greuelmeldungen aus Prag, deren Quelle im allgemeinen deutsche marxistische Kreise sind.

# Herriots Pakt-Wünsche in Washington

(Telegraphische Meldung)

Washington, 25. April. Die bisherigen Verhandlungen zwischen MacDonald und Roosevelt sind äußerlich harmonisch verlaufen, führten jedoch nicht zu irgendwelchen Vereinbarungen, denn man ist sich über das Ziel und die große Linie der zu verfolgenden Grundsätze einig, löst aber bei Ausarbeitung der Einzelheiten auf Schwierigkeiten. Insbesondere kann in der Frage der Zölle nichts Konkretes unternommen werden, solange die Stabilität der internationalen Währungen nicht gesichert ist. Die Lösung der Zollfrage wird durch die inflatorischen Pläne erheblich gestört.

Inzwischen haben die Verhandlungen zwischen den amerikanischen und den französischen Sachverständigen begonnen. Hierfür hat Roosevelt ein ziemlich umfassendes Programm ausarbeiten lassen, das er Herriot vorgelegt und das wegen seines Eingehens auf politische wie wirtschaftliche Fragen Herriot angenehm berührt hat. Befriedigt wünscht Frankreich einen Pakt als Bedingung für eine Abklärung. Hier ist man bereit, diesen Wünschen entgegenzukommen, wenn auch nicht in Form vertraglicher Bindung, sondern als Zusage einer Unterstützung im Falle einer Kriegsgefahr.

Die Frage der französischen Schulden ist bisher nicht besprochen worden.

# Die Kölner DNVP zum Beschluß des Zentralvorstandes

(Telegraphische Meldung)

Köln, 25. April. Wie der Wahlkreisverband der Deutschen Volkspartei Köln-Nachen mitteilt, berührt der vom Zentralvorstand gefasste Beschluß, die Deutsche Volkspartei weiter bestehen zu lassen, den Anschließungsbeschluß der westlichen Wahlkreise nicht. Es bleibt dabei, daß in den westlichen Wahlkreisen Rheinlands und Westfalens eine Organisation der DNVP nicht mehr besteht.

# Dr. Gerete bleibt in Haft

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. In dem Verfahren gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete, wegen Betruges und Untreue gegenüber dem Verband der Preussischen Landgemeinden fand am Dienstag ein Haftprüfungstermin statt. Die Kammer beschloß, den Antrag der Verteidigung, Dr. Gerete wieder auf freien Fuß zu setzen, abzulehnen.

# Kanada geht vom Goldstandard ab

(Telegraphische Meldung)

London, 25. April. Nach einem Spruch aus Ottawa wird Kanada seine Goldnoten in Zukunft nicht mehr einlösen. Kanada wird damit in der Praxis vom Goldstandard abgehen.

Bern, 25. April. Der Schweizer Bundesrat hat sich mit der Aufgabe der Goldwährung durch die Vereinigten Staaten befaßt. Die Beratungen haben ergeben, daß die amerikanischen Ereignisse die Währung der Schweiz in keiner Weise berühren und daß die Schweiz bei der Goldwährung bleiben werde.

# Die Standarte des Reichspräsidenten

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Bestimmung über die Standarte des Reichspräsidenten.

Die Standarte ist ein gleichseitiges, schwarzweißrot gerändertes, goldgelbes Rechteck, darin der Reichsadler, schwebend, nach der Stange gewendet.

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

# Alfred Rosenberg vor der deutschen Wirtschaft

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. April. Der Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, hatte die Führer der deutschen Wirtschaft zu einer Zusammenkunft in das Hotel Rasthof geladen. Der Einladung hatten zahlreiche Wirtschaftsführer Folge geleistet. Rosenberg berichtete über den Stand und die Wege der deutschen Außenpolitik.

# Die Vorstandsmitglieder der Kölner Görreshaus-AG. Stöck und Maus verhaftet

(Telegraphische Meldung)

Köln, 25. April. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, sind die bisherigen Vorstandsmitglieder der Kölner Görreshaus-A.G., Konrad Stöck und Generalkonful Maus, verhaftet worden. Die Festnahme soll auf Vorgänge bei der Gründung der Gesellschaft zurückzuführen sein.















# Wahl der Kreisaußschußmitglieder in Guttentag

(Eigener Bericht)

Guttentag, 25. April.

Am Montag fand im Kreis-tagssaal des Kreishauses die erste Sitzung des neu gewählten Kreisrats, die von Landrat Dr. Wagner geleitet wurde...

als Kreisaußschußmitglieder gewählt:

Oberzollinspektor Paul Dombrowski, Gjasna, Landwirt Karl Dornischel, Wilhelmshorst, Maurer- und Zimmermeister Franz Rudnikli, Guttentag, Landwirt Georg Duda, Dziedna, Landwirt Josef Ruppka, Gjasna...

Verbehauen, Ruchhof, und Siedler Kolte, Jezoma. - Um die Anteile aus der Kraftverehrungssteuer zu erhalten, wurde beschlossen...

Als Kreisdeputierte wurden gewählt: Oberzollinspektor Paul Dombrowski, Gjasna, und Oberamtmann Ferdinand Schreiber, Guttentag.

### Neuwahl der Amtsvorsteher

vorgenommen. Es wurden gewählt:

- 1. für den Amtsbezirk Guttentag-Land als Amtsvorsteher Korporationsleiter Rudolf Müller, Guttentag...
2. für den Amtsbezirk Schierofan als Amtsvorsteher Jakob, als Stellvertreter...
3. für den Amtsbezirk Gjasna als Amtsvorsteher Reichsbahnassistent Erich Werner...

Zum Schluß wurde eine Untersuchungskommission von 5 Mitgliedern gewählt, und zwar: Rittergutsbesitzer H. von Studnits, Werbzain...

# Personalveränderungen in der allgemeinen und inneren Verwaltung

Berlin, 25. April. Wie der Amtliche Preussische Pressendienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung am 24. April unter dem Vorsitz von Ministerpräsidenten Goering folgende Personalveränderungen beschlossen:

Es werden ernannt: der Oberverwaltungsgerichtsrat Lorenz zum Senatspräsidenten beim Obergericht...

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 26. Februar 1919 werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einziehen in den Ruhestand verweist: der Regierungspräsident in Magdeburg, Zachariae...

Zu Regierungspräsidenten wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialaußschusses ernannt und zunächst mit der kommissarischen Verwaltung der Regierungspräsidenten...

tenstelle betraut: in Magdeburg der Regierungsrat beim Obergericht in Charlottenburg Dr. Nicolai, in Köln der Regierungspräsident Dr. zur Hönjen.

Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes werden beauftragt: In Altentfingen, Regierungsrat Dr. Gorges, in Bonn Landrat Dr. Haarmann, in Weipensee Regierungsrat Hüter, in Hoyerwerba Regierungsrat Dr. Schmige.

Es werden ernannt: Oberregierungsrat bei der Regierung in Hildesheim Denice zum Regierungsdirektor in Schleswig, Dr. Gracz in Oppeln wird neben anderen dem Regierungspräsidenten zugeteilt.

### Heiratsaufgebot

des Bringen Wilhelm von Preußen

Bonn. Das Heiratsaufgebot des Landwirts Wilhelm Friedrich Franz Josef Christian Otf Bringen von Preußen mit Fräulein Dorothea von Salviati ist am Stadthaus ausgeschrieben worden. Die Trauung wird - wie man hört - Mitte Mai in Bonn stattfinden...

Der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Frankfurt a. Oder, Dr. Herrmann, wurde beurlaubt.

# 62 Personen im Schmuggelprozeß Egg in Rattowitz verurteilt

Rattowitz, 25. April. Vor dem Rattowitzer Bezirksgericht fand die Verhandlung gegen den Ingenieur Egg, der Schweizer Staatsbürger ist, statt. Die Anklage wird Egg vor, im Jahre 1932 berufstätig Schmuggel von Deutschland nach Polen betrieben zu haben...

be förderte und daß er auch mit dem Expeditionsbetrieb Spektiger in Wolbrom in Verbindung stand, der die geschmuggelten Waren weiter nach Kongresspolen verschickte. Ferner stand Egg mit der Firma Hega in Bromberg in Verbindung...

zu erfassen, die sich bisher weder der SA., SS. noch dem Stahlhelm angeschlossen habe. March, Colonnska, wurde zum Geschäftsführer der Kreisgruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen gewählt.

### Kreuzburg

Stadterordnetenversammlung Landsberg. Das Stadtparlament versammelte sich unter Leitung des Vorsitzers Schröter. Die Wahl des Magistrats mußte nochmals vertagt werden...

Neuer Stadterordner. Für den von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot aus dem Stadtparlament ausgeschiedenen Abgeordneten Seeiger rückt Fleischmeister Grünig in das Parlament ein.

### Oppeln

Zur Einweihung der neuen Oberbrücke. Die Einweihungsfeier des neuen Straßensandbrückenzuges über die Oder wird am Sonntag, 12. Uhr, stattfinden. Zu dieser Einweihungsfeier wird auch Oberpräsident Helmuth Brückner nach Oppeln kommen.

Priesterjubiläum. Ihr Silbernes Priesterjubiläum können in nächster Zeit begehen: Divisionspfarrer i. R. Dr. Georg Doinka in Kal. Neudorf (Wolke), Pfarrer Franz Doret in Friedrichsthal, Pfarrer Bonifatius Picha in Chrjczaj.

Stadterordnetenversammlung. In der Stadterordnetenversammlung am Donnerstag wird die Vereidigung des neuen kommissarischen Oberbürgermeisters Leuzner sowie der kommissarisch eingewählten unbesetzten Magistratsmitglieder erfolgen. Außerdem wird die Wahl von Mitgliedern für den Aufsichs zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen...

Postfestsamstag und Montag. Am Sonntag findet eine einmalige Ortsbrief-, Geld- und Patentausstellung sowie einmalige Landzuteilung nach allen Orten mit allen Sendungen statt. Schalterdienst wie an Sonntagen. Die Zweigstellen Breslauer Platz und Schillerstraße bleiben geschlossen.

### Bermieter kann auf jeden Fall Wassergeld umlegen

Rechtsenscheide des Kammergerichts in Mieterzuzugsachen

Der Amtliche Preussische Pressendienst veröffentlicht folgende Rechtsenscheide des Kammergerichts in Mieterzuzugsachen vom 6. 3. 1933:

An der Berechtigung des Vermieters, das Wassergeld nach Absatz 7 der Verordnung über die gesetzliche Miete in Preußen umzulegen, wird dadurch nichts geändert, daß für die Räume eines Mieters des Hauses eine besondere Wasseruhr angelegt ist...

Eine Rechtsbeschwerde, die nur gegen die Streitwertfestsetzung oder die Kostenentscheidung des Mietvereinigungsamtes eingelegt ist, bleibt unzulässig, auch wenn sie nach Ablauf der Rechtsbeschwerdefrist auf die Entscheidung in der Hauptsache ausgedehnt wird.

### Wieder Mannschafts-Meisterschaft der Bog-Amateure

Die im Vorjahre nicht durchgeführte Deutsche Meisterschaft im Vereins-Mannschaftsbozen wird in diesem Jahre wieder neu aufleben. Die sieben vom Deutschen Reichsverband für Amateurbogen veröffentlichte Ausschreibung sieht eine Durchführung der Kämpfe in der Zeit vom 15. Mai bis 30. Dezember 1933 vor...

### Ägyptens Mannschaft für Wiesbaden

Zur gleichen Zeit wie der Deutsche Tennis-Bund hat auch der Tennisverband von Ägypten seine Mannschaft für das Davis-Pokal-Vorrundenspiel Deutschland - Ägypten vom 5.-7. Mai in Wiesbaden aufgestellt. Als Vertreter Ägyptens wurden gemeldet: Wahib, Schukri und Bogadly. Die beiden Erstgenannten spielen schon seit Jahren neben den Gebrüchern Grandguillot, die diesmal nicht abkömmlich waren, repräsentativ für Ägypten, dagegen ist Bogadly ein neuer Mann.

Hollands Tennis-Verband hat für das vom 5.-7. Mai in Scheveningen stattfindende Vorrundenspiel mit Polen folgende Mannschaft namhaft gemacht: Dimmer, Koopman, Karsten und Hugan.

# Handelsnachrichten

### Beratungen über Danziger Fragen in London

Der Danziger Völkerbundskommissar Rosting hat sich nach London begeben, um an den Verhandlungen des Sachverständigenausschusses teilzunehmen, der über die polnischen Anträge zur Abänderung der Teile 6 und 7 des Warschauer Abkommens vom 24. Oktober 1921 beraten wird.

### Ueberwundener Tiefstand der Schweinepreise

Eine amtliche Prognose

Der im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Beurteilung der Lage am Schweinemarkt eingesetzte Sachverständigenausschuss ist, so heißt es in der am 1. d. d. letzten Schweineerzählung von Anfang März dieses Jahres erfolgten Veröffentlichung in „Wirtschaft und Statistik“, der Auffassung, daß das Angebot an Schweinen in der Stückzahl nur wenig hinter dem Vorjahre zurückbleiben wird.

der Entwicklung der Kauftkraft sowie von dem diesjährigen Ernteergebnis abhängen.

Das Schaubild gibt die Entwicklung der Schweinepreise an Hand der Preisnotierungen für lebende Schweine in Berlin, München und Mannheim wieder. Es ist daraus zu entnehmen, daß die Schweinepreise ihren tiefsten Stand, auf den sie im Februar dieses Jahres gesunken waren, wieder einigermaßen überwunden haben.

### Verschärfung des russisch-englischen Konflikts

Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung

Nachdem England am 19. April die Einfuhrsperre über 80 Prozent der russischen Einfuhr verhängt hat, ergreift die Sowjetregierung jetzt Gegenmaßnahmen, die den Konflikt zwischen beiden Staaten wesentlich verschärfen dürften. Schon 1930 hat die Sowjetregierung eine Verordnung erlassen, die Repräsentanten gegen alle Staaten vorsieht, die durch irgendwelche Sondermaßnahmen die Sowjeteinfuhr behindern.







